

# Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 21

Ausgegeben am 21. Februar 1919

37. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

## Der Aufbau der dritten Arbeiterinternationale.

Von Heinrich Cunow.

Die Vorgänge in Weimar haben die Aufmerksamkeit aller politischen Kreise dermaßen in Anspruch genommen, daß die Zeitungsberichte über die internationale sozialistische Konferenz in Bern nur wenig Beachtung gefunden haben, obgleich die Berner Tagung, wenn sie auch nicht gleiche, in das politische Getriebe sofort eingreifende Resultate nachzuweisen hat, doch in ihren weiteren Folgen vielleicht von der zukünftigen Geschichtschreibung als ein Moment von nicht geringerer weltgeschichtlicher Bedeutung bewertet werden mag wie die Grundsteinlegung des neuen deutschen Verfassungsbaues in der Goethestadt. Nach den Erfahrungen von Stockholm, der erneuten Aufrollung der Kriegsschuldfrage durch Mitglieder der früheren französischen Parteimehrheit, jetzigen Minderheit, unter Führung von Thomas und Renaudel und der Weigerung der belgischen Sozialisten, sich mit Vertretern der deutschen sozialdemokratischen Parteimehrheit an den Konferenztisch zu setzen, durfte man bezweifeln, ob heute, wo noch die Wunden des Weltkriegs allzu schmerzlich bluten, schon der Zeitpunkt zur Wiederaufrichtung der gesprengten Internationale gekommen sei. Im günstigsten Falle würde es, so schien es noch vor wenigen Wochen, in Bern zu einer Art gegenseitiger halber Annäherung zwischen den Sozialisten der sich bisher feindlich gegenüberstehenden Länder kommen — zu einer den Widerstreitenden von den beiderseitigen neutralen Freunden aufgezwungenen Scheinversöhnung, die viel weniger aus wirklicher Verständigung als aus der Erkenntnis hervorgehen werde, daß die Neuordnung der völkerpolitischen Verhältnisse nicht einfach den in Paris tagenden Machthabern der Entente überlassen bleiben könne, sondern die Arbeiterschaft der betreffenden Staaten ein Wort mitreden müsse. War es auch nicht ausgeschlossen, daß unter geschickter faktischer Führung im Verlauf der Versammlung eine gewisse Stimmung der Solidarität zum Durchbruch kommen und einzelne durch den Krieg zerrissene Freundschaftsbände wieder zusammenknüpfen werde, so hatte sich doch zwischen den Vertretern des Proletariats der feindlichen Länder so viel Mißtrauen aufgehäuft, daß selbst glaubensstarke Optimisten auf ein gegenseitiges Sichwiederfinden in gemeinsamem Streben kaum zu rechnen wagten. Schon dann dürfe man, meinten sie, mit der Berner Tagung zufrieden sein, wenn diese überhaupt nur erst haltbare Fäden zwischen den sozialistischen Arbeiterparteiern der feindlichen Staaten knüpfen und damit eine Verbindung für die gegenseitige Verständigung schaffen werde.

Jetzt, nachdem die Konferenz geschlossen ist, muß zugestanden werden, daß sie weit mehr geleistet hat, als erwartet werden durfte, obgleich sie keineswegs unter glücklichen Vorzeichen begann; denn die Sozialdemokratie

des Landes, in dem der Kongreß stattfand, hielt sich zunächst demonstrativ von den Sitzungen fern, da die sogenannten Kienthaler nichts mit den fremden »Sozialpatrioten« zu schaffen haben wollten. Selbst die Optimisten haben, wie man heute sagen kann, die Aussichten der Berner Sozialistenkonferenz zu pessimistisch beurteilt. Das dringende Bedürfnis, die Gestaltung der aus dem Kriegszustand sich herausringenden neuen Welt nicht dem Machtkreit der Kabinette und dem Ränkepiel der Diplomatie zu überlassen, die sozialpolitischen Interessen der Arbeiterschaft bei der Neugestaltung geltend zu machen und einen Rechtsfrieden zu schaffen, der nicht die Gefahr eines baldigen erneuten Kampfes der Völker heraufbeschwört, hat trotz aller aufsteigenden Erinnerungen und gegensätzlichen Einzelaussagen die sozialistischen Parteien der kriegführenden Staaten zu einem Gedankenaustausch und einer Verständigung geführt, die für die Zukunft, wenn die eingeschlagene Bahn weiter eingehalten wird, ein gewisses einträchtiges Zusammenarbeiten im Interesse des internationalen sozialistischen Proletariats verspricht. Besonders kam in den Reden der englischen Teilnehmer an der Konferenz immer wieder die Ansicht zum Ausdruck, daß der Frieden, der in Paris vorbereitet wird, ein Frieden der liberalen Parteiführer, Generale, Finanziers, Reder, Großindustriellen usw. ist, ein Frieden, der im wesentlichen nur kapitalistisch-imperialistischen Interessen dient, nicht den Lebensforderungen der arbeitenden Massen, und daß deshalb diese Massen ihr ganzes Augenmerk auf Paris richten müssen, damit nicht die die zukünftige Lebenshaltung der Arbeiterschaft berührenden Fragen, die Gebiets-, Finanz-, Schiffahrts-, Rohstoff-, Handels-, Zoll-, Abrüstungsfragen, vor allem aber die Regelung der internationalen Arbeiterverhältnisse in einer Weise entschieden werden, die gegen das materielle Wohl der Arbeiter verstößt und ihre Daseinsbedingungen unter das Niveau herabdrückt, das vor dem Kriege bestand. Charakteristisch dafür ist der von dem englischen Delegierten Stuart Bunning unter Zustimmung seiner Kameraden ausgesprochene Satz: »Die Augen unseres Kongresses sind ausschließlich nach Paris gerichtet!«

Zu Beginn der Tagung freilich schien fast der Erfolg der Berner Konferenz an der Schuldfrage scheitern zu sollen. Während ein Teil der französischen Sozialisten glaubte, daß die Hauptursache des Weltkriegs in der imperialistischen Strömung begründet gewesen ist und deshalb als Vorbedingung für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen nur das Bekenntnis von seiten der deutschen Mehrheitsdelegation verlangte, daß der Einfall in Belgien gegen das Völkerrecht verstoßen habe, forderte ein anderer Teil der Franzosen eine energische Verurteilung der deutschen Parteilichkeit und ihre Ausschließung aus der neuen Internationale. Auf dem Kongreß war es seltsamerweise gerade der frühere französische Minister Albert Thomas, der ausgesprochenste Vertreter des französischen »sozialpatriotischen Regierungssozialismus«, der ohne Rücksicht auf die Gefahr, dadurch den Kongreß zu sprengen, die Forderung des Ausschlusses der deutschen Mehrheitssozialisten aus der Arbeiterinternationale stellte. In längeren Reden traten die beiden deutschen Mehrheitsdelegierten Otto Wels und Hermann Müller der Thomas'schen Anmaßung entgegen. Müller betonte mit Recht, daß Männer wie Thomas sich kaum dazu eigneten, in dieser Sache den Ankläger zu spielen. Zugleich wies er auf die Tatsache hin, daß

das militaristische Regiment in Deutschland gestürzt sei und die Durchführung der Revolution schon an sich der deutschen Sozialdemokratischen Partei die Legitimation gebe, als Gleichberechtigte im Verband der Internationale zu erscheinen.

Von der Partei der »Unabhängigen« sprachen Karl Kautsky und Kurt Eisner. Den größeren Erfolg hatte unzweifelhaft Eisners mit polemischen Ausfällen gegen die deutsche Mehrheitspartei gespickte Rede, da er seine Ausführungen geschickt der augenblicklichen Situation und der Augenblicksstimmung anzupassen wußte, auf jede Würdigung geschichtlicher Tatsachen verzichtete und sich mit der wiederholten pathetischen Versicherung begnügte, die deutsche Sozialdemokratie werde ihre schwere Schuld sühnen, indem sie fortan kämpfend auf dem Wege zum Sozialismus fortschreite.

Nachdem deutsche Mehrheit und Minderheit zum Wort gekommen, zeigte sich jedoch, daß, abgesehen von einem Teil der französischen Delegierten, die anderen Teilnehmer an der Konferenz wenig Wert auf eine lange Erörterung der Kriegsschuld legten. Der nach Kautsky zum Wort kommende englische Delegierte Stuart Bunning erklärte kurzweg unter starkem Beifall seiner Genossen, die Engländer hielten den jetzigen Zeitpunkt nicht für geeignet, die Schuldfrage zu diskutieren. Eine weitere Fortsetzung der Schulddebatte gefährde nur den Zweck der ganzen Konferenz, den Wiederaufbau der Internationale. Er richtete deshalb an Thomas den Appell, den Krieg der Regierungen nicht in einen Krieg der Völker zu verwandeln. Jetzt gelte es, die Verhandlungen in Paris zu beeinflussen.

Ähnlich äußerte sich auch Jean Longuet, der Führer der jetzigen französischen Parteimehrheit. Er meinte, daß, wenn über die Mehrheitsrichtung der deutschen Sozialdemokratie zu Gericht geseßen werden solle, dann auch die französischen Regierungssozialisten gerichtet werden müßten. Nun sei der Nationalismus in Berlin und Wien besiegt, dafür erhebe er aber in Paris, London, Rom um so mehr sein Haupt. Die dringendste Aufgabe sei jetzt die Wiederherstellung der Internationale.

Ähnlich sprachen sich, mehr oder weniger entschieden, die Delegierten der neutralen Länder aus. Das Verlangen, die internationalen Beziehungen zwischen den Arbeiterparteien der entzweiten Länder wiederherzustellen als Gegengewicht gegen die in der Bourgeoisie der Ententestaaten vorherrschenden, neue Völkerkämpfe heraufbeschwörenden Ausdehnungs- und Vergewaltigungstendenzen, überwand allen durch den Krieg aufgestachelten Nationalitätshader. Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratischen Partei frugten diesem dringenden Verlangen dadurch Rechnung, daß sie am Schlusse der Sitzung vom 4. Februar eine Resolution vorschlugen, in welcher der Weltkrieg als Folge der imperialistischen Politik des neunzehnten Jahrhunderts bezeichnet, zugleich aber von deutscher Seite die Verpflichtung anerkannt wird, durch eine Untersuchung die Vorgänge feststellen zu lassen, die unmittelbar zum Kriege geführt haben. Doch hätte nicht nur Deutschland die Pflicht, die betreffenden Urkunden zu veröffentlichen, sondern auch die anderen am Kriege beteiligten Länder. Ferner wird in der Resolution anerkannt, daß der Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien einen Völkerrechtsbruch darstellt, und die von der sozialistischen Revolutionsregierung Deutschlands abgegebene Erklärung wiederholt, daß sie sich bezüglich der

Wiederherstellung Belgiens auf den Boden der Wilsonschen Forderungen stelle.

Auf Vorschlag Branings wurde diese Resolution zusammen mit jener des französischen Delegierten Albert Thomas an eine Kommission verwiesen. Diese trat mit einem neuen Resolutionsentwurf hervor, der die Schuldfrage, indem er sie auf später vertagte, beiseite schiebt und die Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit des Proletariats der verschiedenen Länder betont. Wörtlich heißt es darin:

Die Konferenz in Bern erkennt an, daß für sie die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit am Kriege geklärt ist sowohl durch die Aussprache als durch die Erklärung der deutschen Mehrheitssozialisten, welche den revolutionären Geist des revolutionären Deutschlands und dessen völlige Lösung von dem für den Krieg verantwortlichen alten System bekundet hat. Indem die Konferenz die deutsche Revolution und die demokratischen und sozialistischen Einrichtungen, die sie herbeigeführt hat, begrüßt, sieht sie die Bahn frei für die gemeinsame Arbeit der Internationale. Die weitere Erklärung, die die deutschen Delegierten in der Debatte über den Völkerbund abgegeben haben, überzeugt die Konferenz, daß von nun an die vereinigten Arbeitermassen der ganzen Welt die stärksten Mittel zur Niederhaltung des Militarismus und aller Versuche, die Internationale zu vernichten, verbürgen und gewähren werden. Die Konferenz sieht in den geführten Debatten eine fruchtbare Vorarbeit und überläßt einer künftigen internationalen Konferenz, deren Einberufung unter normalen Verhältnissen erfolgen kann, über die weltgeschichtliche Frage der Verantwortlichkeit das Urteil der Internationale zu fällen.

Die Resolution wurde gegen wenige Stimmen von der Konferenz angenommen. Dafür stimmte auch Albert Thomas, doch konnte er sich nicht enthalten, vorher an die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie die herausfordernden Worte zu richten: »Ich will euch ganz offen sagen, daß mein Vertrauen zu euch noch nicht völlig wiederhergestellt ist und es mir deshalb schwer fällt, für die Resolution zu stimmen; ich tue es aber im Vertrauen auf die Massen, die hinter euch stehen!«

Damit war, wenn auch noch nicht die Internationale selbst wiederaufgerichtet, so doch der Baugrund geklärt und fundamementiert, auf dem sich ihr Neubau zu erheben vermag, massiver und ausgedehnter als das lockere Gebilde, das der Sturmwind des Weltkriegs zum Einsturz gebracht hat. In dieser neuen Grundlegung liegt die Bedeutung der Berner Tagung. Ihr gegenüber treten alle anderen Erklärungen und gefaßten Beschlüsse in den Hintergrund zurück, wie wichtig auch einzelne derselben sein mögen, wie zum Beispiel die Völkerbundsresolution, die Annahme des Selbstbestimmungsprinzips (auch die Bevölkerung Elsaß-Lothringens soll selbst durch Volksabstimmung über ihre Zugehörigkeit zu Deutschland oder Frankreich entscheiden), die Zurückweisung der französischen Ansprüche auf das Saargebiet, die Pfalz und das linke Rheinufer, die Erklärung gegen die in Paris geplante neue heilige Allianz kapitalistisch-imperialistischer Tendenz sowie schließlich das Bekenntnis zu den sozialpolitischen Forderungen, die die gleichzeitig in Bern tagende Gewerkschaftsinternationale aufgestellt hatte.

Zunächst galt es, den gemeinsamen Boden für die Zusammenarbeit zu finden; die Aufrichtung des neuen Baus muß späterer Zeit vorbehalten bleiben; denn mit einer bloßen Rekonstruktion ist es nicht getan. Die neue Zeit stellt nicht nur ganz andere Aufgaben an die dritte Internationale, Auf-

gaben, welche die zweite nie zu lösen vermochte, die Arbeiterklasse geht auch selbst als eine ganz andere Wesenheit aus dem Ringen des Weltkriegs hervor. Eine bloße Rekonstruktion würde nirgends den Anforderungen, die die Umwälzung aller politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die uns vom Krieg als Erbschaft hinterlassene Weltrevolution stellt, zu genügen vermögen. Die dritte Internationale muß, soll sie den kommenden Stürmen trotzen, wie ich schon nach dem Zusammenbruch der zweiten Internationale im Jahre 1915 schrieb, eine große internationale Aktions- und Arbeitsgemeinschaft werden: eine auf politischen Parteiformationen und internationalen Gewerkschaftsverbänden ruhende feste Organisation mit gemeinsamen internationalen Sekretariaten, Verständigungs- und Aktionsausschüssen, Vermittlungs- und Arbeitsbüros, interparlamentarischen Kommissionen, internationalen Preßausschüssen, Nachrichtenbüros, Unterrichtsanstalten usw.

Es beginnt eine neue Etappe im Fortschritt der Arbeiterklasse zum Sozialismus, und diese neue Entwicklungsphase bedingt eine andere Art der internationalen Aktion und damit zugleich der internationalen Organisation. Die Formation der zusammengebrochenen zweiten Internationale hatte ihren Schwerpunkt in den einzelnen nationalen Organisationskörpern und beschränkte sich im ganzen auf politischen Meinungsaustrausch und gelegentliche politische Demonstrationen; zu einer festen Zusammenfassung der nationalen politischen und gewerkschaftlichen Betätigungen zu einheitlicher internationaler Aktion ist sie nie gelangt. Mag Max Adler auch in seiner Broschüre »Prinzip oder Romantik« im einzelnen übertreiben, so hat er doch durchaus recht, wenn er die zweite Internationale als eine Einrichtung bezeichnet, »die nicht die Internationalität, sondern die Nationalität zu ihrem Organisationsprinzip gemacht hatte, nicht eine Institution zur Vereinigung der Aktion aller Nationen auf einen Punkt, sondern bloß zur Konstatierung ihrer Parallelität, ihrer gleichen Richtung, wo und wieweit sich eben eine solche feststellen ließ«.

Die Internationale muß in ihrer Organisation dem Entwicklungszug folgen. Zwei Entwicklungsstufen hat sie bereits hinter sich; jetzt ist, soll sie ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen, eine dritte nötig. Da die in der St. Martins Hall in London gegründete erste Internationale der ganzen damaligen Entwicklungsstufe der Arbeiterbewegung entsprechend nichts anderes sein konnte als eine Zusammenfassung der von einer gemeinsamen Idee beseelten verstreuten sozialistischen Vereine und Personen zu einer Art internationaler Propaganda- und Agitationsgesellschaft, die notgedrungen ihre Aufgabe, mochte sie auch stolz die »Emanzipation der Arbeit« auf ihre Fahne schreiben, fast ausschließlich in der Selbstverständigung über die auftauchenden Fragen und in der Erziehung zur Solidarität sehen mußte, so war für sie kein Platz mehr, als in den Kulturstaaten auf nationalem Boden sich besondere nationale Arbeiterparteien bildeten und in den Parlamenten den Kampf gegen den Kapitalismus aufnahmen. Die 1889 in Paris gegründete zweite Internationale konnte daher auch gar nichts anderes sein als eine lockere Zusammenfassung dieser nationalen Parteien zur Wahrung einer gewissen »Parallelität« und zu gelegentlichen gemeinschaftlichen Demonstrationen. Der alte Liebknecht hatte das richtig erfaßt, als er damals auf dem Pariser Internationalen Sozialistenkongreß erklärte: »Die Inter-

nationale Arbeiterassoziation hatte, nachdem sie den Arbeitern aller Länder das gemeinsame Ziel gezeigt, sie die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns und Kämpfens gelehrt hatte, ihre Mission erfüllt. Sie ist nicht tot; sie ist übergegangen in die mächtigen Arbeiterbewegungen der einzelnen Länder und lebt in diesen fort.«

Heute ist aber auch die zweite Entwicklungsphase der Internationale bereits überholt. Die dritte Internationale ist nur noch, soll sie ihren Zweck erfüllen, als internationale Arbeits- und Aktionsgemeinschaft möglich, und alles Festhalten an der früheren Organisationsform und ihren Überlieferungen ist nicht sozialistischer Radikalismus, sondern Konservatismus.

## Die neue Agrargesetzgebung.

Von Dr. Georg Flatow.

Die deutsche Sozialdemokratie hat das Erbe des deutschen Imperialismus in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Krisis angetreten. Die Industrie, von der wir bis zum Ausbruch des Krieges vornehmlich lebten, liegt danieder und wird sich, selbst wenn es gelingt, vom Ausland Rohstoffe zu erhalten, nur schwer erholen, und noch schwerer wird sie die verlorenen Märkte zurückgewinnen. Die Landwirtschaft, verlassen von den mehr als eine Million betragenden fremdländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen und durch die Verluste des Krieges um Hunderttausende arbeitsfähiger Menschen geschwächt, verlangt dringend nach Arbeitern. Das Mißverhältnis zwischen dem Menschenüberfluß in den Großstädten und dem Menschenmangel auf dem Lande wird immer größer, die Gefahr des Zusammenbruchs der Landwirtschaft und damit auch unserer Ernährung täglich dringender. Deshalb war es eine zwingende Notwendigkeit für die Regierung, schleunigst diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, der Landwirtschaft sofort zu helfen, und ferner die Mittel und Wege zu finden, um die deutsche Volkswirtschaft bewußt den voraussetzlichen Notwendigkeiten unseres künftigen Daseins anzupassen.

Die sofortige Hilfe besteht in dem Erlaß einer »vorläufigen Landarbeitsordnung« vom 24. Januar 1919 (»Reichsgesetzblatt«, S. 111), die, um mit Kautsky zu sprechen (vergl. sein Aktionsprogramm vom 12. Januar), dazu bestimmt ist, »die Kulturverhältnisse auf dem flachen Lande zu heben, um den Unterschied zwischen Stadt und Land und damit die Anziehungskraft der Stadt und die Verödung des flachen Landes zu mindern«. Die Anpassung an die künftigen Wirtschaftsbedürfnisse Deutschlands ist erfolgt durch eine »Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland« vom 29. Januar 1919 (»Reichsgesetzblatt«, S. 115).

Die ländlichen Arbeiterverhältnisse sind seit jeher der stärkste Antrieb zur Landflucht, besonders in Ostelbien, gewesen. Schlechte Wohnungsverhältnisse, niedere Löhne, eine entwürdigende Behandlung, die vielfach in dem Landarbeiter nur den Hörigen der alten Feudalzeit sah, hatten jährlich immer neue Tausende aus dem Gebiet des Großgrundbesitzes zur Stadt getrieben. Alle Versuche unserer Partei, der Landwirtschaft, die stets über Leutenangel klagte, durch die soziale Hebung der Landarbeiterschaft zu